

Beschluss der LDK Stade am 27.1.2007

Der Landesverband von Bündnis 90 – Die Grünen und die Fraktion im niedersächsischen Landtag setzen sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln dafür ein, dass das Land Niedersachsen keine Einverständniserklärung zur sog. Fahrrinnenanpassung der Elbe im bevorstehenden Planfestellungsverfahren abgibt – auch nicht unter Bedingungen bestimmter Ausgleichszahlungen (z.B. für Deichverbände oder Agrarbereich) oder anderer „Ausgleichsmaßnahmen“.

Begründung:

1. Die Bevölkerung hinter den niedersächsischen Deichen ist schon jetzt und zukünftig immer mehr durch die vom Menschen verursachte Klimaveränderung gefährdet,
 - weil wir häufigere und stärkere Sturmweatherlagen haben,
 - weil der Meeresspiegel sich weiter erhöhen wird.Durch die Verbreiterung und Vertiefung der Elbfahrrinne steigt das Gefährdungspotential (Deichbrüche und –überspülungen) für die Bevölkerung in unkalkulierbarer Weise weiter an,
 - weil durch die geplante Verbreiterung und Vertiefung der Fahrrinne sich die Fließgeschwindigkeit bei auflaufendem Wasser erhöht und sich somit der Wasser- und Winddruck auf die Deiche enorm steigert.
 - weil nach der letzten Vertiefung der Fahrrinne schon eine Schwächung des wasserseitigen Deichfußes durch Schwell und Sog der großen Schiffe zu beobachten ist, was sich noch weiter verstärken würde.
2. Eine Vertiefung und Verbreiterung der Elbfahrrinne führt auf Grund der erhöhten Wassergeschwindigkeit zu einer Verarmung der Flussökologie. Die Flachwasserzonen werden weniger und diese sind die Bereiche amphibischer Lebensräume, aus denen dort rastende Vögel ihre Nahrung nehmen. Die Selbstreinigungsfähigkeit des Flusses verschlechtert sich weiter.
3. Auch gesamtwirtschaftlich macht eine weitere Vertiefung der Elbfahrrinne keinen Sinn: entweder wird der Tiefseehafen Wilhelmshaven nicht ausgelastet, oder die großen Schiffe sparen sich die Fahrzeit für die Elbe und legen alle in Wilhelmshaven an, und die erneute Ausbaggerung der Elbe war umsonst, bzw. ist rein aus Prestige Gründen für Hamburg durchgeführt worden und ist somit eine Verschwendung von Steuergeldern.